

Wie ein russischer Patriot zum Patienten wurde

Hauptmann Schumakow wurde vom eigenen Mann angeschossen und von seiner Armee im Stich gelassen

Am Tag des Vaterlandsverteidigers im Februar 2003 wurde Hauptmann Sergej Schumakow in Tschetschenien schwer verwundet. Eine Patrone bohrte sich in seine Wirbelsäule, nicht von einem Terroristen abgefeuert, sondern von einem betrunkenen Vorgesetzten. Der Schütze kam ungeschoren davon, der invalide Schumakow wurde aus der Armee ausgeschlossen. Zudem erhielt er die Papiere nicht, um sein Recht auf eine Pension und eine Wohnung einzufordern sowie eine neue Arbeit anzutreten. Der 28-Jährige lief von einer Behörde zur anderen, bettelte um Geld für seine Behandlung und klopfte bei Zeitungsredaktionen an. Auch der MDZ erzählte er seine Geschichte, in der Hoffnung, es möge seine Amtsgänge verkürzen.

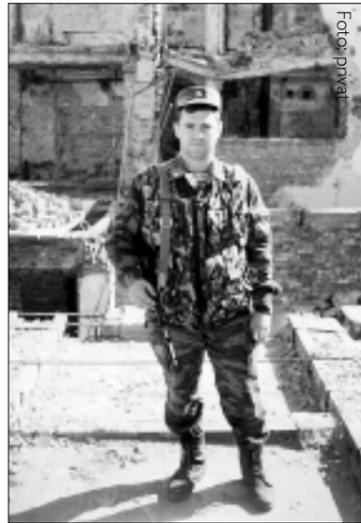
Christian Weisflog

Schweißperlen tropfen dem sichtlich erschöpften Hauptmann außer Dienst von der Stirn, nachdem er, an einer Krücke gehend, die fünfstöckige Treppe zur Redaktion hinauf erklommen hat. Seine jugendlich weichen Gesichtszüge erinnern nicht an einen abgebrühten Kriegsveteranen. Ein Kämpfer steckt aber scheinbar trotzdem in ihm: Unter seinem Arm trägt er eine dicke Aktenmappe voller Gerichtsentscheide, Einsprachen und Briefe. Ein jahrelanger bürokratischer Hürdenlauf im A4-Format.

Seine Zeit im Kriegsgebiet hatte er eigentlich schon abgeleistet, doch man brauchte den Verbindungsoffizier und so blieb er. Bereits zwei Jahre hatte Schumakow in Tschetschenien gedient, als er Anfang 2003 vom Hauptstützpunkt der russischen Streitkräfte in Chankala in die Berge nach Wedeno verlegt wurde. Dort allerdings betrachtete man den Neuankommeling aus dem Hauptquartier als unwillkommenen Störenfried. Die Korruption, so erzählt Schumakow, hatte in Wedeno ein erschütterndes Ausmaß angenommen. Nur ein Drittel der Nahrungsmittellieferungen aus Chankala seien angekommen, der Rest wurde von der Truppenführung in Wedeno verkauft. Soldaten, die aus Trunksucht vom Dienst entlassen wurden, seien in den Büchern immer noch geführt worden

und ihr Sold ebenfalls an die hohen Offiziere gegangen.

Am Tag des Vaterlandsverteidigers, dem 23. Februar 2003, nachdem sich sämtliche stellvertretenden Truppenleiter betrunken hatten, feuerte Oberstleutnant Dmitrij Sadowskij um Mitternacht seine Makarow unter Beisein von Zeugen aus nächster Nähe auf Schumakow ab, der sich auf seinem Bett ausruhte. Die Kugel bohrte sich in die Wirbelsäule des Verbindungsoffiziers, der schließlich in einer Moskauer Militärklinik wieder auf die Beine kam, wenn



auch mit einer schweren Gehbehinderung. Ende März erhielt Schumakow im Spital Besuch – von Sadowskij: „Wenn du Klage erhebst, erschieße ich dich“, habe dieser gedroht.

Sadowskij wurde schließlich in einem geheim gehaltenen Militärgerichtsverfahren in Rostow, von dem Schumakow erst hinterher erfuhr, von seiner Schuld, so gut es eben ging, befreit. In dem Urteil heißt es, der angeklagte Sadowskij habe „ohne Absicht“ und aus bloßer „Unvorsicht“ auf den Abzug seiner Pistole gedrückt. Aber auch aus dem Vorwurf der Fahrlässigkeit sollte Sadowskij kein Strick gedreht werden: Das Strafverfahren gegen den fehlbaren Oberstleutnant wurde aufgrund der von der russischen Staatsduma 1999 beschlossenen Amnestie eingestellt. Laut dem Gesetzestext galt die Amnestie nicht nur für Rebellen, sondern auch für Angehörige



Sergej Schumakow wollte immer nur eines: zur Armee, wie sein Vater. Den Dienst an der Heimat bezahlte er mit seiner Gesundheit.

der russischen Streitkräfte, die im Laufe der Antiterroroperation in Tschetschenien eine „gesellschaftlich gefährliche Handlung“ begangen haben. Darunter fiel laut Ansicht des Gerichts auch Sadowskij's Tat. Obwohl die Militärstaatsanwaltschaft in Moskau Fehler im Prozessverfahren feststellte und eine Überprüfung verlangte, wurde der Fall in Rostow nicht wieder aufgerollt.

Damit aber nicht genug: Gemäß Schumakow sandte das Kommando in Wedeno einen gefälschten Brief in seinem Namen an die nordkaukasische Truppenführung in Rostow, in dem der Verbindungsoffizier aus gesundheitlichen Gründen um seine sofortige Entlassung aus der Armee bat. Diese wurde sofort verfügt, denn je kürzer die Dienstzeit eines Soldaten, desto tiefer seine künftigen Ansprüche.

Doch auch dieses Vorgehen der Truppenführung verstieß gegen gesetzliche Regelungen: Denn vor einer Entlassung bedarf es eines individuellen Gesprächs mit dem betroffenen Armeeingehörigen. Diente dieser wie Schumakow zudem über zehn Jahre, hat er Anspruch auf eine Wohnung. Bleibt diese Frage ungelöst, ist ein Ausschluss von den Streitkräften nicht erlaubt.

Ein Militärgericht in Grosnyj erklärte im März dieses Jahres die verordnete Entlassung aus diesen Gründen schließlich für ungültig. Laut dem Urteil beträgt Schumakow's Dienstzeit insgesamt 10 Jahre und 21 Tage. Bereits mit 17 Jahren trat der Verbindungsoffizier in Chabarowsk in die Militärschule ein. Er wollte immer nur eines: zur Armee, wie sein Vater.

Damit der Hauptmann außer Dienst nun aber eine Wohnung und eine Pension bekommt und überhaupt ein bürgerliches Leben beginnen kann, braucht er eine Reihe Dokumente von der Truppenführung in Rostow. Solange ein Papier nicht offiziell seinen Austritt aus

dem Armeedienst bescheinigt, kann er zum Beispiel laut Gesetz bei keinem anderen Arbeitgeber unterkommen. Doch die Militärverwaltung hat es nicht eilig, die Papiere des aufmüpfigen Schumakow fertig zu stellen. Dieser allerdings ist nun besseren Mutes, hat er doch mit den Soldatenmüttern und der Journalistin Anna Politkowskaja gewichtige Verbündete gefunden. Bald will er sich nach Rostow aufmachen, um alles zu regeln: „Sie haben nun Angst vor negativer Presse.“

Schumakow's Schicksal ist wohl kaum ein Einzelfall. Sollte er aber nach langem Kampf seine Rechte erhalten, wird der Hauptmann trotzdem eine Ausnahme sein. Laut Verteidigungsminister Sergej Iwanow sind im Moment rund 70 000 Offiziere im Dienst ohne Wohnung. „Alle meine Freunde, die 20 oder 30 Jahre gedient haben, warten bis heute vergeblich auf eine Wohnung“, sagt Alexander S. (Name der Redaktion bekannt). Er war in Afghanistan und in Tschernobyl, bevor er nach rund 20 Dienstjahren aus der Armee austrat und sich zum Fotografen ausbildete. „Wer weiß, wann sie die Wohnung erhalten. Ich verdiene heute meinen Lebensunterhalt selbst“, so Alexander.

Schumakow muss allerdings nicht nur für seinen Lebensunterhalt sorgen, sondern braucht auch dringend Geld für seine medizinische Behandlung. Im Juni konnte er nach Deutschland zur Kur reisen, wo er seinen Gang durch eine intensive Physiotherapie deutlich verbessern konnte. Die Ärzte empfehlen, diese Therapie erneut zu wiederholen. Doch woher das Geld nehmen? Die Bezahlung der 30 000 Dollar für den ersten Aufenthalt in Deutschland veranlasste der Gouverneur der Kemerowoer Oblast, Schumakow's Heimatregion. Ähnliche Großzügigkeit von Seiten der Armee ist kaum zu erwarten.

Den Sexrubriken droht die Zensur

Staatsanwaltschaft wirft Jugendmagazinen Pornographie vor

Wenige Wochen nachdem der stellvertretende Staatsanwalt mehrere russische Jugendmagazine für ihren angeblich unmoralischen Inhalt öffentlich kritisiert hatte, wurde Anfang August gegen die beliebte Zeitschrift Molotok ein Strafverfahren wegen illegaler Verbreitung von Pornographie eröffnet. Die MDZ sprach mit der Chefredakteurin.

Ivo Pertjjs

In seiner zweiten Ausgabe veröffentlichte Molotok in diesem Jahr einen Multiple-Choice Sex-Test, in dem die jungen Leser Fragen zu ihrem ersten Mal, zu Selbstbefriedigung und erotischen Filmen zu beantworten hatten. Am Ende konnten die Teenager herausfinden, in welche Kategorie des sexuellen Verhaltens sie fallen. Dies genügte den russischen Behörden, um Molotok der illegalen Verbreitung von Pornographie zu beschuldigen. Weitere Klagen gegen die Zeitschrift wurden zudem aufgrund des in Ausgabe 16 publizierten Artikels „16 Jahrhunderte Sex“ erhoben, einem historischen Überblick des menschlichen Liebeslebens von Kamasutra bis Viagra. „Ich verstehe wirklich nicht, was das Problem ist“, sagt Katja Mil, Chefredakteurin von Molotok.

Das Magazin wird vom Verlag Komersant mit einer Auflage von 215 000 Exemplaren herausgebracht. Wobei die Wochenzeitschrift vorwiegend Artikel über Musik und das Leben der Popstars enthält. Wie alle Teenie-Blätter hat

aber auch Molotok in jeder Ausgabe eine Rubrik zum Thema Sex, wo Leserfragen von Experten beantwortet werden. Damit liefern die Jugendmagazine Teenagern Informationen, die sie oft nirgendwo anders erhalten. Laut Mil trifft dies besonders auf Russland zu: „In Russland herrscht zum Thema Sex totale Ignoranz und Unbelesenheit. Es gibt keinen Sexualunterricht an den Schulen und die Eltern vermeiden es, über Sex zu sprechen, oder machen ein Tabu daraus.“ Molotok habe eine klare gesellschaftliche, ethische und moralische Position, fährt Mil fort. „In unserer Rubrik ‚Klubnika‘ beantworten wir Leserfragen und erklären, wie man sich vor Geschlechtskrankheiten schützen kann. Zudem gibt es die Rubrik ‚Molotok Protiw‘, in der wir klare Position gegen den Konsum von Drogen, Alkohol und Tabak beziehen.“

Die Generalstaatsanwaltschaft denkt anders über die Sexrubriken in den russischen Jugendmagazinen. Mitte Juni beschuldigte der ehemalige stellvertretende Generalstaatsanwalt Sergej Fridinskij, der kürzlich zum neu-

en Chef der Militärstaatsanwaltschaft ernannt wurde, in einem öffentlichen Statement drei Zeitschriften (Molotok, Cool und Cool Girl), „systematisch das Interesse der Teenager an Sex zu missbrauchen“.

Kurz nach dieser Aussage stellte das Verlagshaus Burda sein Magazin Cool ein. Allerdings bestreitet das Unternehmen jeden Zusammenhang mit der Kritik der Staatsanwaltschaft. „Cool wurde geschlossen, weil die Zeitschrift nicht profitabel war. Nicht nur aufgrund von niedrigen Werbeeinnahmen, viele Gründe spielten eine Rolle“, sagt Darja Samsonowa, Pressesprecherin von Burda Russland. Ein offizielles Schreiben über eine Klage der

Staatsanwaltschaft sei bei Burda nicht eingegangen, fügt Samsonowa an.

Hinter dem Strafverfahren gegen Molotok könnte sich aber auch ein anderes Motiv verbergen, meint der Autor des Buches „Pornographie und Demokratisierung“, Paul Goldschmidt.



Der Artikel zum Thema „16 Jahrhunderte Sex“ wurde von der Staatsanwaltschaft als Pornographie bewertet.

Wird Molotok gemäß Artikel 242 des russischen Strafgesetzbuches für schuldig befunden, könnte dem Verlag eine Buße von bis zu 10 000 Dollar oder die Einstellung des Magazins drohen. Es ist nicht das erste Mal in Russland, dass eine Zeitschrift wegen ihres intimen Inhalts ins Visier von Behörden oder Politikern gerät. 1995 erhielt die russische Ausgabe des Männermagazins Playboy eine Warnung, keine Schamhaare zu zeigen. Daraufhin vermittelte die Zeitschrift auf ihren Bildern Schamhaare oder bekleidete ihre nackten Models nachträglich mit digitaler Unterwäsche. Vor einem Jahr kritisierte das Moskauer Stadtparlament eine Aufklärungskampagne für sicheren Geschlechtsverkehr einer internationalen Organisation und startete ihre eigene Kampagne. Mit dem Slogan „Sicheren Sex gibt es nicht“ wollten die Politiker sagen, dass sicherer Sex nur durch Abstinenz oder Treue zum eigenen Partner möglich ist. Im Mai hatte Bürgermeister Jurij Luschkow die Gay-Parade verboten, weil er sie – natürlich nur unter vorgehaltener Hand gesagt – für unmoralisch hielt. Zwei Monate später reichten sechs Abgeordnete von „Einiges Russland“ einen Gesetzestext ein, der Erotikprogramme und Werbung für Telefonsex am Fernsehen verbieten sollte.

Vorwand für weiter reichende Gründe“, erklärt Goldschmidt.